

nachrichten

Anti-Kriegs Demo toleriert

Obwohl die Polizei ankündigte, die Demonstration als »illegale Versammlung« zu betrachten und entsprechend zu handeln, versammelten sich etwa 2000 Menschen vor der amerikanischen Botschaft in Kuala Lumpur. Die Demonstration war Teil des weltweiten Protests gegen den drohenden Irak Krieg am Tag nach der zweiten UN-Resolution.

Die Polizei, die bereits zuvor erklärt hatte, die Demonstration unter anderem deshalb verbieten zu wollen, weil sie auf dieser Strecke eine Übung für Verkehrs-Management im Zusammenhang mit dem Non-Aligned Movement Summit abhalten wollte, tolerierte die friedliche Versammlung trotzdem. Weltweit gingen am 15.2.2003 in über 300 Städten Millionen von Menschen für den Frieden auf die Straße.

vgl. *Berita Minggu, Harakah Daily*, 15.; 16.02.03; *New Straits Times*, 14.; 16.02.03; *Malaysiakini*, 10.; 12.; 13.; 14.; 15.02.03;

In einem Land, in dem die Pressefreiheit stark eingeschränkt ist, bietet das Internet einigen Journalisten die Möglichkeit, informiert zu schreiben. Das -Medium Malaysiakini erwarb sich mit seiner unabhängigen Berichterstattung Anerkennung im In- und Ausland, weckte jedoch gleichzeitig starke Gegenkräfte im eigenen Land.

Zum Beispiel als Premierminister Dr. Mahatir Mohamad am 5. März vergangenen Jahres (2002) die Betreiber von Malaysiakini als »Verräter, die Ausländer auffordern, ihr Land zu beschmutzen« bezeichnete. Sie seien es daher nicht wert, von Menschen, die Malaysia liebten, Unterstützung zu bekommen.

Eine direkte Zensur ist derzeit nicht möglich, da sich die Regierung selbst in Kapitel drei des Kommunikations- und Multimedia-Gesetzes daran gebunden hat, keine Zensur im Internet durchzuführen, um Malaysia als »Zentrum der Informationstechnologie« für ausländische Investoren bewerben zu können. Wie zahlreiche Vorfälle veranschaulichen, heißt das allerdings nicht, dass es nicht möglich ist, der Redaktion die Arbeit anderweitig zu erschweren.

Am 20.1.2003 durchsuchte die Polizei die Redaktionsräume von Malaysiakini und beschlagnahmte alle dort befindlichen 19 Computer und drei Server. Die Durchsuchung stand in Verbindung mit einem

Leserbrief, in dem die bevorzugte Behandlung ethnischer Malaien durch die Regierung angeprangert wurde. Diese staatliche Bevorzugung entstand Anfang der 70er Jahre, als die Malaien als wirtschaftlich benachteiligt galten. In Malaysia sind etwa sieben Prozent der Bevölkerung ethnisch indisch, 26 Prozent ethnisch chinesisch und 60 Prozent ethnisch malayisch oder Angehörige eines der indigenen Völker des Landes.

Diese 60 Prozent bezeichnen sich als Bumiputera (Sanskrit: Söhne der Erde). Über ein Quotensystem erhalten sie beispielsweise leichter als andere Bevölkerungsgruppen Zugang zu Universitäten und Arbeitsplätzen. Malaysiakini-Herausgeber Steven Gan erklärte, »es gab eine Menge ungueter Gefühle« bezüglich »reicher Malaien, die derartige Privilegien missbrauchen«.

In dem sehr kritischen und emotionalen Brief ist zu lesen, dass es »unanständig« sei, wie »gut genährte Malaien in ihren Mercedes herumfahren und dicke Gehälter einstreichen, sich gleichzeitig die Bumiputera-Vergünstigungen für große Häuser und Auslandsstipendien sichern... während alle Anderen in die Rezession rutschen.«

Die Regierungspartei United Malaysian National Organisation (UMNO) beschwerte sich daraufhin, der Brief würde falsche Anschuldigungen transportieren, die bei Nicht-Malaien

Hass gegenüber der Regierung erwecken könnten und enthalte aufwieglende Bemerkungen, die »Chaos im Land verursachen könnten«.

Im Sedition Act von 1948 werden aufrührerische Veröffentlichungen als Vergehen definiert, die mit einer Geldstrafe von nicht mehr als 5000 Ringgit (etwa 1250) und einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Jahren zu ahnden sind.

Steven Gan erklärte, die Beschlagnehmung der Computer hätte stattgefunden, nachdem sich die Journalisten geweigert hatten, die Identität des Autors des Leserbriefes preiszugeben. Vor der Redaktion hielten etwa 200 Menschen eine kerzenleuchtete Mahnwache. Die Malaysiakini-Redakteure schreiben jetzt außerhalb des Büros weiter. Steven Gan sieht in den Anschuldigungen bezüglich des Briefes nur einen Vorwand: »Sie haben uns beobachtet. Der Brief gab ihnen einfach nur die Gelegenheit, hier reinzukommen und alles dicht zu machen.«

Die Durchsuchung wurde neben anderen -Magazinen vor allem von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International, Suaram und HAKAM öffentlich kritisiert.

vgl. *Aliran*, 20.01.02; *BBC News Online*, 21.01.03; *Amnesty International*, 21.01.03; *HAKAM*, 21.01.03; *Suaram*, 21.01.03; *The World Press Freedom Review* (www.freemedia.at); *Comittee to protect Journalists* (www.cpj.org);

NAM Gipfel

Vom 20.-25. Februar 2003 wird in der malaysischen Hauptstadt der Gipfel des Non-Aligned Movement (NAM) stattfinden. Das Non-Aligned Movement hat seinen Ursprung in der Asia-Africa-Conference von 1955 und sich zum Ziel gesetzt, die Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern zu vertreten. Derzeit sind 155 Staaten NAM-Mitglieder.

In Kuala Lumpur laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. 8500 bewaffnete Sicherheitsbeamte und Anti-Terror-Einhei-

ten wurden zusammengezogen, laut Polizeichef Dell Akhbar Khan die größte polizeiliche Mobilisierung, die es jemals bei einem Gipfel gegeben hat.

Neben Journalisten aus den Mitgliedstaaten werden die Sender CNN, BBC, al-Jazeera und Nachrichtenagenturen wie Reuters, AFP (Agence-France Presse) und AP (Associated Press) erwartet.

vgl. *New Straits Times*, 15.02.03; *Malaysiakini*, 16.02.03; *Non-Aligned Movement* (www.nam.gov.za)

Indigene Völker üben Kritik

Die malaysische Menschenrechts-Kommission Suhakam berichtete von einer wachsenden Zahl an Zuschriften, in denen die Lebensbedingungen der indigenen Völker Sabahs und Sarawaks, der beiden malaysischen Staaten Borneos, kritisiert werden. Laut dem Vorsitzenden der mit diesem Thema betrauten Arbeitsgruppe Prof. Mohd Hamdan Adnan ist die Landverteilung das zentrale Thema. Völker wie die Iban, Penan oder Orang Ulu beklagen, dass ihnen ihr Land

für Entwicklungsprojekte ohne entsprechende Kompensation weggenommen wurde. Weitere wichtige Punkte sind die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Jagdrechte, mangelnde medizinische Versorgung und Bildungsmöglichkeiten und besonders das eingeschränkte Recht auf Bestimmung ihrer Lebensweise.

vgl. *Malaysiakini*, 13.02.03; *Suaram*, 12.02.03;

Liebesgrüße nach Singapur

Bei einem Besuch des an Singapur angrenzenden malaysischen Staates Johor am 14.2.2003 hielt Premierminister Mahatir Mohamad eine mit Anspielungen und Witzen gespickte Rede über das Verhältnis zwischen seinem Land und dem Stadtstaat, bei der das Publikum mehrfach in Applaus und Lachsalven ausbrach.

»We love you. On Valentines Day, we love you. Please come. Please come«, waren seine einladenden Worte Richtung Singapur. Und auf welchem Weg sie kommen sollen, war auch das entscheidende Thema seiner offensichtlich gut gelaunten Ansprache: bequem und schnell natürlich. Und aus malaysischer Sicht heißt das, schnellstmöglich die alte Schwimmbrücke zwischen dem

malaysischen Festland und Singapur durch eine neue erhöhte Brücke zu ersetzen.

»Heute erzähle ich euch die ganze Geschichte. Normalerweise mache ich das nicht. Aber ich bin dazu gezwungen, weil all meine Skripte gezeigt wurden. Also muss ich die Wahrheit erzählen, damit man später nicht sagt: Schaut euch dieses Malaysia an, die wollen eine einseitige Brücke bauen, ohne Kooperation mit Singapur.« Darauf beschrieb er, wie er sich mit Singapurs Staatsoberhaupt Lee Kuan Yew traf und die »schönen« Entwürfe der Brücke vorlegte. Die hätten Lee Kuan Yew auch gefallen, aber dessen Premierminister Goh Chok Tong verbänden nostalgische Gefühle mit der alten Schwimmbrücke, so dass

man wohl warten müsse, bis er pensioniert sei.

Nach Mahatirs Ansicht ist das nicht möglich. Letztes Jahr überquerten zehn Millionen Menschen die Schwimmbrücke von Singapur nach Malaysia. »Sie essen hier gebratene Nudeln aus Johor, wir sind nicht böse. Kommt und esst.« Und für die Beengtheit des kleinen vier Millionen Einwohner Stadtstaates hatte Mahatir auch großes Verständnis: »Ein freies Land, aber klein. Dort kann man nicht atmen. (...) Man kann in seinem Ferrari nicht mal in den vierten Gang schalten, weil man dann sofort ins Meer fällt. Sie können auf unseren Straßen in den vierten Gang schalten. (...) Sie sind unsere Brüder und Schwestern.«

nachrichten

Zum Abschluss riet er dem applaudierenden Publikum, Bekannten aus Singapur bei ihrem nächsten Treffen zu sagen: »Nehmt den malaysischen Premier nicht so ernst. Er redet gerne so, aber er hat ein gutes Herz.«

vgl. *New Straits Times*, 14.02.03; *The Straits Times (Singapur)*, 15.02.03; *Berita Harian*, 15.02.03; *Ministry of Foreign Affairs/Singapur* (www.gov.sg/press)

Islamische Privatschulen

Der Kampf zwischen der malaysischen Regierung und stark konservativ-islamischen Lagern um die Stimmen der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung konkretisiert sich unter anderem in der Frage der islamischen Privatschulen des Landes, den Sekolah Agama Rakyat (SAR).

Bereits im Oktober 2002 entzog die malaysische Regierung allen 2500 islamischen Privatschulen die finanzielle Unterstützung.

Premierminister Dr. Mahatir Mohamad beschuldigte die Schulen wie auch einige Moscheen, regierungsfeindliche Propaganda zu betreiben: »Sogar die Kinder meiner Parteimitglieder, die auf solche Schulen gehen, werden deren Gehirnwäsche unterzogen und gezwungen, die führenden Regierungsmitglieder zu hassen.«

Auch Mahatirs Versicherung, die Regierung hege in keiner Weise die Absicht, die Schulen schließen zu lassen, wird von Befürwortern und Anwälten der SAR-Bewegung stark angezweifelt.

Mohd Azmi Abdul Hamid, Vorsitzender der Vereinigung zur Rettung der SAR-Bewegung (Gegar) ist über-

zeugt, dass Mahatirs Erklärung die »wahre Absicht der Regierung« nicht überdecke. Aussagen und Maßnahmen des Erziehungsministeriums widersprechen Mahatirs Versicherung. Er könne dessen Bemerkung nicht vergessen, die Sekolah Agama Rakyat sei nur zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft relevant gewesen und jetzt nicht mehr aktuell.

Auch die negative Berichterstattung in den Printmedien betrachtet Mohd Azmi als Teil der Bemühungen der Regierung.

Jetzt wollen die Sultane von Kedah und Perak sowie der Regent von Perlis das Thema auf die Agenda der Ruler's Conference vom 11.-13. März 2003 setzen. Mohd Azmi und weitere SAR-Befürworter werden sich zuvor mit dem Leiter der Konferenz und Oberhaupt des Staates Kedah, Sultan Abdul Halim Mu'adzam Shah treffen, um ihn über die Geschehnisse zu informieren.

vgl. *Malysiakini*, 10.11.02; 13.10.02; 11.02.03; 14.02.03;

Islamisches Recht

Der malaysische Staat Terengganu hält nach wie vor an der Einführung eines islamischen Strafgesetzes fest, dem Syariah Criminal Offence Enactment.

Wie von der malaysischen Menschenrechtsorganisation Suaram in einer Presseerklärung erläutert, sind von Terengganu aus Delegationen nach Saudi-Arabien, Iran und Sudan

geplant, um die dortige Rechtslage zu studieren.

Minister Hadi Awang zufolge erklärte sich Saudi Arabien zur Zusammenarbeit bereit. Ein Land, dessen Rechtssystem immer wieder die Aufmerksamkeit von Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel Amnesty International auf sich zieht.

vgl. *Suaram*, 12.12.02

Daredevil zu gewagt

Das Innenministerium hat den Hollywood Film Daredevil mit Ben Affleck verboten. Bei dem Film, der am 27. Februar in Malaysia anlaufen sollte, handelt es sich um eine Adaption des gleichnamigen Marvel Comics. Nun wurde entschieden, den Film ganz zu verbieten, da er exzessive Gewalt enthalte.

20th Century Fox teilte sein Bedauern über diese Entscheidung mit und bat die Filmzensurstelle das Verbot zu überdenken. »Wir sind unglücklich über diese Entscheidung. Es schadet unserem Einkommen. Und sehen sie, die Raubkopien sind bereits in Malaysia zu haben«, erklärte ein Pressesprecher von 20th Century Fox.

vgl. *CNN*, 14.02.03; *Malysiakini*, 14.02.03;

Krankenhaus für Häftlinge benötigt

Die malaysische Menschenrechts-Kommission Suhakam weist darauf hin, dass keines der malaysischen Gefängnisse über hausinterne Ärzte oder gar Krankenstationen verfüge. »Selbst das neueste Gefängnis in Sungai Buloh wird lediglich von Ärzten aus dem Krankenhaus Kuala Lumpur besucht«, so Prof. Mohd Hamdan Adnan. Etwa 20.000 u.a. HIV-positive, Tuberkulose- oder Hepatitis-infizierte Insassen können so nicht versorgt werden. Es sei daher wichtig, spezielle Krankenhäuser zu bauen, die mit den nötigen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet sind, so dass die Patienten adäquat versorgt werden können, erklärte Hamdan.

vgl. *Malysiakini*, 10.02.03